

# JAHRESBERICHTE 2011 SP STADT BERN

FÜR ALLE  
STATT  
FÜR WENIGE

ja 

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Bericht des Präsidiums</b>	<b>S. 3</b>
<b>2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion</b>	<b>S. 7</b>
<b>3. Bericht der städtischen Grossrätinnen und Grossräte</b>	<b>S. 10</b>
<b>4. Gemeindeabstimmungen</b>	<b>S. 13</b>
<b>5. Mitgliederentwicklung</b>	<b>S. 14</b>
<b>6. Jahresrechnung</b>	<b>S. 15</b>
<b>7. Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>S. 16</b>
<b>8. Berichte der Arbeitsgruppen</b>	<b>S. 17</b>
8.1. Arbeitsgruppe Sozialpolitik	S. 17
8.2 Arbeitsgruppe Sport	S. 18
8.3 Arbeitsgruppe Sicherheit	S. 19
8.4 Arbeitsgruppe Kultur	S. 20
8.5 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung/Wohnen	S. 21
8.6 Arbeitgruppe Wirtschaft	S. 23
8.7 Arbeitsgruppe Gleichstellung	S. 24
8.8 Schulfraktion	S. 24
<b>9. Bericht der JUSO Stadt Bern</b>	<b>S. 26</b>
<b>10. Kontaktadressen</b>	<b>S. 28</b>

## **Impressum**

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern  
Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23  
Tel: 031 370 07 90, Fax: 031 370 07 81  
bern@spbe.ch, www.spbern.ch  
Foto Titelseite: Zora Schindler  
Druck: Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Bern  
Auflage: 300  
Januar 2012

# 1. Bericht des Präsidiums

## Das politische Jahr 2011

Politisch wirkte sich auch im Jahr 2011 aus, dass in der Mitte verschiedene Parteien entweder ihre Form oder ihre Rolle in der städtischen Politik suchen. Ausdruck davon war das breite „Bündnis“ von GFL bis SVP gegen unsere Kita-Initiative. Tatsächlich setzte sich bei der Abstimmung vom 15. Mai leider der Gegenvorschlag durch. Dessen sozial gerechte Umsetzung wird noch viele Schwierigkeiten mit sich bringen. Das Präsidium dankt an dieser Stelle Leyla Gül, dem Kampa-Team, der Parteileitung sowie allen HelferInnen, die bis zum Abstimmungstag mit Engagement für die Kita-Initiative gekämpft haben.



Bild: Matthias Aebischer

Alle andern städtischen Abstimmungen im Jahr 2011 fielen im Sinne der SP aus. Besondere Genugtuung brachte kantonsweit der Wahlsieg von Hans Stöckli über Adrian Amstutz in den Ständeratswahlen. Dazu steuerte die Stadt einen erheblichen Stimmenanteil bei. Ebenso brachten die Nationalratswahlen am 23. Oktober der SP Stadt Bern einen erfreulichen Stimmenzuwachs (+1.4% auf 30.5%). Ursula Wyss, Evi Allemann, sowie neu Matthias Aebischer und Alex Tschäppät schafften die Wahl in den Nationalrat. Eine Herausforderung wird sein, die Präsenz der SP auch auf dem Land wieder zu stärken – dafür braucht es profilierte Köpfe, wie die gute Wahl von Hans Stöckli im ganzen Kanton zeigt, aber auch das Verständnis und Engagement der städtisch geprägten Sektionen, nicht nur aus Bern. Erfreulich und für die SP langfristig von grosser Bedeutung ist das gute Abschneiden der JUSO.

Im April gab Gemeinderätin Edith Olibet ihren Rücktritt auf Ende der Legislatur bekannt. In 12 Jahren im Gemeinderat hat sich Edith mit Glaubwürdigkeit und grossem Engagement für soziale Anliegen in der Stadt Bern eingesetzt: Die Frühförderung etwa ist eine Errungenschaft, bei welcher Bern heute schweizweit als führend gilt. Edith Olibet hat als Gemeinderätin die Schulsozialarbeit sowie die flächendeckenden Tagesschulen eingeführt und zahlreiche städtische Schulhäuser saniert.

Die frühzeitige Ankündigung ihres Rücktritts ermöglichte eine breite KandidatInnensuche für die Nachfolge. Beim Schreiben des Jahresberichts zeichnet sich ab, dass mit Nationalrätin Ursula Wyss eine prominente Persönlichkeit in den Wahlkampf um den Gemeinderatssitz steigen wird.

Die traditionelle Retraite der Parteileitung anfangs Jahr wurde erstmals zusammen mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung durchgeführt. Das hat sich bewährt, in einer lebhaften Diskussion wurden gemeinsam die politischen Schwerpunkte festgelegt. Mit der Anstellung von Michael Sutter konnte im Laufe des Jahres das Sekretariat verstärkt werden. Der Budgetprozess wurde auf eine politische Budgetierung umgestellt und die Beiträge der Sektionen wurden einander angeglichen. Diese – auf den ersten Blick unspektakulären - Änderungen zeigen, dass die Stadtpartei gut unterwegs ist. Nach Jahren der Vorbereitung und vergeblichen Versuchen wird das politische Sekretariat der SP Stadt Bern nun endlich gestärkt. Ebenso ist die Perspektivenkommission (PeKo) neu unter Einbezug der Sektionen gebildet worden, was zu breiterer Akzeptanz und weniger Doppelspurigkeiten führt. Die Schulfraktion als eigenständiger Verein wird in einem längeren Prozess aufgehoben, so dass auch die Schul- und Bildungspolitik in einer Arbeitsgruppe der Stadtpartei formuliert werden kann.

Die zweite Jahreshälfte stand im Zeichen von Wahlkämpfen: im Oktober gingen die für die SP Stadt Bern erfolgreichen Nationalratswahlen über die Bühne, gleichzeitig liefen auch die Vorbereitungen für den städtischen Wahlkampf 2012 an und der Wahlausschuss nahm seine Arbeit auf. Ganz nebenbei brachte die traditionelle Budgetabstimmung als Novum die Ja-Parole von SVP und BDP und eine grosse Zustimmung in der Volksabstimmung (83.6%). FDP und GLP standen mit ihrer Nein-Parole ziemlich im Schilf. Einzelne Parteien waren auch Ende Jahr noch daran, ihre Rolle zu suchen.

### **Delegiertenversammlungen und Hauptversammlung**

Wie wird in Bern gewohnt? Dieser Frage sind wir an der ersten Delegiertenversammlung (DV) vom **24. Januar** auf den Grund gegangen. Mit vielfältigen und interessanten Inputs von Silvia Schoch-Meyer, Philipp Wegmüller, Sabine Schärer und Gisela Vollmer wurde in das Thema Wohnen und Stadtentwicklung eingeführt. Die anschliessende Diskussion, der auch unser Stadtpräsident Alex Tschäppät beiwohnte, fand zu Schlagworten wie sozialer Durchmischung, bezahlbarem und ökologischem Wohnraum sowie Konflikten zwischen Erhalt von Grünflächen und notwendiger Verdichtung statt. Einig waren sich die Delegierten darüber, dass es mehr Verdichtung und bezahlbaren Wohnraum braucht und dass die SP hier Akzente setzen muss.

An der Hauptversammlung vom **7. März** konnten die Delegierten nach einer langen politischen Vorgeschichte endlich die Parole zur SP-Kita-Initiative und zum Gegenvorschlag fassen. Annette Lehmann, die Mitinitiantin der Kita-Initiative, hat das Geschäft vorgestellt. Die Diskussion nahm das deutliche Resultat vorweg: Die Delegierten sagten einstimmig Ja zur Initiative und Nein zum Gegenvorschlag, der Abstimmungskampf konnte beginnen. Nach einer Präsentation von Nicola von Greyerz fassten die Delegierten auch die Ja-Parole zu den Subventionsverträgen bzw. Leistungsverträgen mit 5 Kulturinstitutionen. Der Parteipräsident Christian Levrat hat die

HV mit einer engagierten und motivierenden Rede zum Wahljahr gekrönt. Die gesamte Parteileitung wurde ohne Mutationen wiedergewählt. Erfreulich und erwähnenswert ist auch, dass die Delegierten einer Änderung des Finanzreglements zugestimmt haben und die SP Stadt Bern nun über harmonisierte Mitgliederbeiträge und einen Finanzausgleich zwischen den Sektionen verfügt. Herzlichen Dank an Theo Füeg und alle Kassiere der Sektionen!

Pro oder contra Holligen? – die DV vom **11. April** versprach Emotionen und Zündstoff. Peter Marbet von der Sektion Holligen (contra) und Stadtpräsident Alex Tschäppät (pro) stellten die Planung Holligen vor. Nach einer hitzigen Debatte beschlossen die Delegierten doch ein klares Ja zur Planung.

Mitte des Jahres hatte eine Gruppe von jungen SP-Mitgliedern die Gleichstellungsdebatte auf nationaler Ebene neu lanciert. Sie forderte zum einen, vermehrt auch die Sicht der Männer und ihrer Probleme in die Debatte einzubeziehen und zum andern als Konsequenz, die SP Frauen als eigenständige Organisation abzuschaffen. An der DV vom **20. Juni** haben die Geschäftsführerin der SP Frauen, Barbara Berger, Tanja Walliser (Mitautorin des neuen Gleichstellungspapiers) und Matthias Aebischer (TV-Journalist und Hausmann) mit Einbezug der AG Gleichstellung (Lea Kusano) unter der Leitung von Flavia Wasserfallen das Thema „Braucht es eine neue Gleichstellungspolitik?“ diskutiert.

Die Städte stehen vor grossen Herausforderungen: Wohnraum wird knapp, der öffentliche Verkehr kommt an die Belastungsgrenze. Da bieten sich einfache Erklärungen an: Schuld ist die Personenfreizügigkeit! – Ist das wirklich so? Wie sehen die Zahlen konkret aus und was ist die Bilanz der Personenfreizügigkeit? Diese Fragen haben Daniel Lampart (Chefökonom SGB), Hannah Einhaus (Journalistin und Autorin) und der Zürcher Gemeinderat Andrew Katumba unter der Leitung von Thomas Göttin an der DV vom **29. August** diskutiert.

Den Auftakt der DV vom **31. Oktober** bildete ein Rückblick auf die für die SP erfolgreichen nationalen Wahlen von Andrea Sprecher, Kampagnenleiterin SP Schweiz, und Thomas Göttin. Die Freude über die Mandatsgewinne in beiden Räten und die gelungene Kampagne wurde durch den leichten Rückgang des Wähleranteils und den wachsenden Graben zwischen Stadt und Land etwas getrübt. In einem Generationengespräch unter der Leitung von Andreas Schefer diskutierten Marianne De Mestral (Co-Präsidentin AG Alter der SP Zürich), Nora Krummen (JUSO Bern), Rosmarie Okle, (Mitglied des SeniorInnenrats der Stadt Bern) sowie Thomas Göttin aktuelle gesellschaftspolitische Themen. Schliesslich wurde das Produktgruppenbudget 2012 der Stadt Bern einstimmig zur Annahme empfohlen.

Das Präsidium möchte die Delegiertenversammlungen auch weiterhin dazu nutzen, mit den Delegierten aus allen Sektionen und den JUSO-VertreterInnen den persönlichen Austausch zu pflegen. Wir danken herzlich für die rege Teilnahme und die engagierten Diskussionen!

## **Partei- und Geschäftsleitung**

Das politische Jahr der Parteileitung begann mit der 2-tägigen Retraite im Januar 2011. Anhand der 2010 gesetzten Ziele beurteilte sie die Resultate der politischen Arbeit des vergangenen Jahres und plante das kommende. Aus der Vielzahl der

Themen bestimmten Partei- und Geschäftsleitung die Themen Kitas und Frühförderung, Wohnungsbau sowie Kultur und Sport als Jahresschwerpunkte.

Die erste Jahreshälfte war geprägt von der Kampagnenarbeit für die Kita-Initiative. Diese erforderte von der Parteileitung, dem Sekretariat und der Kampagnengruppe einen besonderen Effort. Kaum war die Abstimmung im Mai vorüber, begann die Planung der Wahlen 2012. So wurde die Wahlausschussleitung bereits Mitte Jahr ausgeschrieben und am 29. Juni von der GL gewählt. Der Wahlausschuss wurde im November eingesetzt. Für die Nachfolge von Edith Olibet hat das Präsidium bereits ab dem Sommer verschiedene Gespräche geführt und den Fahrplan für die Nomination festgelegt.

Schliesslich beteiligte sich die SP Stadt Bern an diversen Mitwirkungen und Vernehmlassungen, vor allem zu städtebaulichen Planungen, zum Schulreglement oder kantonalen Gesetzen. Den Arbeitsgruppen, die jeweils die Entwürfe erarbeiteten – allen vorab der AG Stadtentwicklung – sei an dieser Stelle herzlich gedankt!

Die Parteileitung setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen: Co-Präsidium Thomas Göttin und Flavia Wasserfallen, Felix Hauser, Vizepräsident; Theo Füeg, Finanzverantwortlicher; Leyla Gül, Parteisekretärin; Annette Lehmann, Fraktionspräsidentin und als freie Mitglieder Stefan Jordi, Andreas Schefer, Miriam Schwarz und Giovanna Battagliero.

Die Parteileitung konnte 2011 in unveränderter personeller Zusammensetzung effizient, zielgerichtet und in guter Atmosphäre arbeiten. An dieser Stelle sei allen Mitgliedern für die knapp 20 Sitzungen, unzähligen Mails, Medienmitteilungen, Telefonate und Sonderaufträge gedankt, die uns 2011 beschäftigt haben! Es war ein intensives Jahr, geprägt von wichtigen personellen Entscheiden, einer eigenen Initiative, RGM-internen Turbulenzen, schwierigen Mediengeschichten und nicht zu vergessen: Es war auch ein nationales Wahljahr. Nehmen wir das tolle Abschneiden der SP in der Stadt Bern (über 30%) mit Schwung in das nächste Wahljahr!

Thomas Göttin und Flavia Wasserfallen, Co-Präsidium SP Stadt Bern



## 2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion

Im Vergleich zur ersten Hälfte der Legislatur verlief das politische Jahr 2011 eher ruhig. Weder schlugen sachpolitische Geschäfte sehr hohe Wellen, noch standen einzelne Personen im Brennpunkt. Auch was die Zusammensetzung der grössten Stadtratsfraktion betraf, gab es im Gegensatz zu den Vorjahren keine Veränderungen: Seit den Grossratswahlen 2010 waren keine Rücktritte mehr zu verzeichnen. Insgesamt reichte die SP/JUSO-Fraktion, zum Teil interfraktionell, 35 Vorstösse ein. Die Mitglieder waren bei den wichtigen Sachgeschäften sehr gut vorbereitet und leisteten auch in den Fachkommissionen seriöse Arbeit. An dieser Stelle sei allen herzlich für ihre grosse Arbeit und ihr Engagement gedankt!

Am 21. Januar diskutierte der Stadtrat über die Motion **Fussgängerzone** Markt- und Spitalgasse – nicht etwa ein Vorstoss von RotGrünMitte, sondern der FDP, die nicht nur den – ohnehin sehr beschränkten – Autoverkehr aus der Innenstadt verbannen will, sondern vor allem eine öV-freie Innenstadt anstrebt. Die Motion wurde abgelehnt, die Freisinnigen sammeln nun Unterschriften für eine gleichlautende Volksinitiative. Zwar gab es in der SP/JUSO-Fraktion durchaus einzelne Sympathien für den Vorstoss; er wurde von der Fraktion wie auch vom Stadtrat aber grossmehrheitlich abgelehnt, weil die Verschiebung des gesamten öV-Netzes in die Aussenachsen der Innenstadt riesige Probleme verursachen würde.

Eine der ersten, emotionalen Stadtratsdebatten war die Diskussion um die Einführung einer **Schuldenbremse** in der Sitzung vom 17. Februar. Das Anliegen der Grünliberalen steht völlig quer in der Landschaft: weder leben wir in Bern in einer Schuldenwirtschaftshölle, noch werfen wir das Geld zum Fenster raus. Dies hat RGM hat in den letzten Jahren bewiesen, indem Schulden abgebaut, ausgeglichene Budgets präsentiert und gleichzeitig wichtige Investitionen in eine soziale und ökologische Stadt getätigt wurden. Die parlamentarische Initiative wurde im Rat abgelehnt.

In der gleichen Sitzung beschloss der Stadtrat, die ausgelagerten Betriebe **Stadtbauten** wieder in die Stadtverwaltung zurückzuführen. Auf Antrag des Gemeinderats sollten die Mitarbeitenden und das Vermögen der Stabe wieder in die Verwaltung zurückgeführt werden – das Konstrukt der Stabe hat in den Bereichen Schnittstellen zur Verwaltung, Organisation und Verantwortlichkeiten nie völlig überzeugt. Die Rückführung der Stadtbauten wurde am 15. Mai von der Berner Bevölkerung mit über 80% der Stimmen bekräftigt.

Eines der wichtigsten Themen des Jahres war zweifellos die **Kita-Initiative**, für die sich die gesamte SP/JUSO-Fraktion, zusammen mit den Mitgliedern und Sektionen der SP Stadt Bern, ins Zeug legte. Im Gegensatz zum Vorjahr waren Kita-Initiative und Gegenvorschlag, der den Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung forderte, weniger Thema des Stadtrats, sondern vielmehr der Öffentlichkeit – die beiden Vorlagen kamen am 15. Mai 2011 zur Abstimmung. An dieser Stelle sei deshalb auf die Einleitung des Präsidiums, Seite 3, verwiesen. Die Ausarbeitung des Systemwechsels stellt die Stadt und auch den Kanton vor grosse Herausforderungen. Erste Probleme zeichnen sich bereits ab und das Thema wird uns im nächsten Jahr sicher weiter beschäftigen.

Ein Thema, mit dem sich der Stadtrat immer wieder befasste, war das **Nachtleben** bzw. die Frage, ob es ein Konzept für das Nachtleben braucht. In der Sitzung vom 7. April beschloss das Stadtparlament mehrheitlich, vom Gemeinderat ein solches erarbeiten zu lassen. Auf die Fortsetzung der Debatte und das mit Spannung erwartete Konzept dürfen wir gespannt sein.

In der Sitzung vom 26. Mai diskutierte der Stadtrat über ein Geschäft, das auch innerhalb der SP kontrovers diskutiert wird: die **Waldstadt Bremer**. Der Antrag lautete, kein Geld mehr in das Projekt für die Erschliessung eines neuen Wohnquartiers zu stecken, das die Rodung eines Waldstücks im Bremer zur Folge hätte. In der Schlussabstimmung votierte eine Mehrheit des Parlaments gegen einen Projektierungsstopp in Bezug auf die Waldstadt, ganz im Gegensatz zur SP/JUSO-Fraktion, die dem Projekt ablehnend gegenüberstand und einen Projektierungsstopp befürwortet hätte.

In einem Vorstoss hat die SP/JUSO-Fraktion ein **Stadtfest** für die Berner Bevölkerung gefordert, was im Mai 2010 auch angenommen wurde. Der Kredit dazu wurde am 18. August traktandiert. Die Mehrheit des Stadtrates sprach sich gegen das vorgelegte Konzept aus und der Kredit wurde nach der Diskussion an den Gemeinderat zurückgewiesen. Wir bleiben dran, damit in den nächsten Jahren ein schönes Fest für Alle (statt für Wenige) gefeiert werden kann.

In einer harten, aber fairen Debatte verabschiedete der Stadtrat an der Sitzung vom 15. September das **Budget**, das im Zeichen des Sparens stand. Bei schwieriger Wirtschaftslage und angespannten Kantonsfinanzen – die von den bürgerlichen Parteien beschlossene kantonale Steuergesetzsenkung beschert der Stadt Bern Ausfälle von jährlich 15,5 Millionen Franken – legte der Gemeinderat ein Budget vor, das mit einem leichten Gewinn abschliesst. Bei nahezu konstantem Ausgaben-niveau und hoher Kreditwürdigkeit hat die Stadt Bern zudem erstmals seit 20 Jahren keine altrechtlichen Schulden mehr. Vor diesem Hintergrund war es für die SP/JUSO-Fraktion und eine Mehrheit des Stadtrats keine Frage, auf das Budget einzutreten.

In der Detailberatung konnte das links-grüne Lager einige Erfolge verbuchen. Positiv zu erwähnen ist, dass die Kosten für die freie Kulturszene um Fr. 100'000 erhöht, der Kredit für die Aufgabenhilfe sowie für das Fiescher Sport- und Ferienlager aufgestockt werden und die Weihnachtspauschale für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger weiterhin ausgerichtet wird. Nach längerer Diskussion folgte der Stadtrat zudem dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion, Geld für die Durchführung von zwei autofreien Sonntagen im nächsten Jahr zu sprechen.

Chancenlos waren die Anträge der Bürgerlichen, die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann aufzuheben, Anträge zu linearen Einsparungen im Schul- und Sozialamt von je 1 Million Franken sowie Kürzungen im Integrationsbereich. Ebenfalls keine Chance hatte der alljährlich wiederkehrende Steuersenkungsantrag der FDP.

Die SP/JUSO-Fraktion musste aber auch einige Kröten schlucken. So wird die 1. August-Feier 2012 erneut mit reduziertem Budget durchgeführt. Zudem muss die Stadt Bern in Zukunft auf eine Mitteilungsseite im Anzeiger Region Bern verzichten – aus Sicht der SP eine gute und günstige Dienstleistung an die Bürgerinnen und



Bürger mit aktuellen Informationen aus der Stadt Bern. Kurzichtig und fahrlässig sind die Kürzungen bei der Denkmalpflege (Fr. 70'000) und der Stadtplanung (Fr. 150'000). Angesichts der grossen planerischen Herausforderungen und der Wichtigkeit von Investitionen in den Bau von neuen Wohnungen und Siedlungen wäre ein moderater Ausbau des Stadtplanungsamtes nötig gewesen.

Über ein Jahrhundertprojekt stimmte der Stadtrat in der Sitzung vom 4. November ab – den Vorkredit zum **Tram Region Bern**, das die heutige Buslinie von Köniz über Bern nach Ostermundigen durch ein Tram ersetzen und ausbauen soll. Während das Berner Stadtparlament dem Projektierungskredit grossmehrheitlich zustimmte, fiel der Entscheid im Grossen Gemeinderat Ostermundigen schon knapper aus und in Köniz brauchte es sogar den Stichentscheid der Parlamentspräsidentin, damit das Projekt weitergeführt werden kann. Das Grossprojekt hat damit die erste Hürde genommen, um den benötigten öV-Ausbau in der Stadt und Agglomeration voranzutreiben – aber eben erst die erste. Bis das Tram von Ostermundigen nach Köniz fährt, gibt es noch viele offene Fragen zu klären, unter anderem diejenige einer zweiten Tramachse durch die Innenstadt.

Eine der letzten, emotionalen Debatten des Berichtsjahres fand am 17. November statt – einmal mehr ging es dabei um die **Reitschule**. Eine knappe Mehrheit – inklusive der RGM-Bündnispartnerin GFL – hatte im Januar 2011 den Reitschulvertrag mit Hinweis auf die Motion Mosza zurückgewiesen. Der ehemalige GFL-Stadtrat Erich Mosza hatte 2008 in einer Motion von den Reitschul-Betreibern mehr Sicherheitsmassnahmen gefordert – eine Forderung, die nun gemäss Stadtrats-Mehrheit auch in den Leistungsvertrag zwischen Stadt und IKUR fliessen sollte. Die SP hatte sich bereits im Januar 2011 gegen die Aufnahme eines Sicherheitsartikels im Leistungsvertrag gewehrt und tat es auch in der Debatte vom 17.11. – vergebens. Obwohl im zweiten Vertrag durchaus Verbesserungen erzielt werden konnten, lehnte eine knappe Mehrheit sowohl den 4-jährigen als auch einen 2-jährigen Leistungsvertrag ab. Zum Schluss kam ein 1-jähriger Vertrag durch, der der Reitschule als einer der bestbesuchten Kulturinstitutionen der Stadt Bern kaum Planungssicherheit gewährleistet.

Auf gutem Weg ist hingegen die Überprüfung der **Schulkommissionen**. Am 1. Dezember hat der Stadtrat den Auftrag überweisen, zwei Modelle auszuarbeiten: ein Reglement zu einem Einheitsschulmodell, wie es ursprünglich gefordert worden war und eines zum sogenannten Zentralschulkommissionsmodell, das heute mehrheitsfähig ist. Den definitiven Entscheid wird das Parlament erst 2012 fällen.

Kleinere, aber dennoch erwähnenswerte Geschäfte, mit denen sich der Stadtrat im Berichtsjahr beschäftigte, seien an dieser Stelle summarisch aufgelistet: Er nahm das neue Sport- und Bewegungskonzept der Stadt Bern zur Kenntnis, genehmigte bauliche Massnahmen zur Verhinderung von Brückensuiziden, er beschloss, auf dem Gebiet des ehemaligen KVA-Areals am Warmbächliweg innovatives Wohnen zu ermöglichen, lehnte den Primatwechsel der Personalvorsorgekasse ab, nahm die Problematik der privaten Videoüberwachung des öffentlichen Raums reglementarisch in die Hand, beauftragte den Gemeinderat, sich für einen einjährigen Pilotbetrieb Marzilibus einzusetzen, gab ein Konzept in Auftrag, in dem aufgezeigt wird, welche Hauptstrassenabschnitte in die Tempo-30-Zone einbezogen werden müssen, um die Verkehrssicherheit in der Stadt Bern zu erhöhen, engagierte sich dafür,

dass im Neuen Schloss Bümpliz weiterhin Hochzeiten stattfinden können, sprach sich gegen das Quietsch- aber für das blaue Tram aus, genehmigte die Phase Bauprojekt am Breitenrainplatz und genehmigte den Kredit für das Alpine Museum.

Annette Lehmann und Leyla Gül, Präsidentin und Vizepräsidentin der SP/JUSO-Fraktion

### **3. Bericht der städtischen SP-Grossrätinnen und Grossräte**

Vorbemerkung: Erika Siegenthaler (SVP), die in den 90er Jahren vom Stadtrat in den Grossen Rat wechselte, veranlasste den Kanton per Motion, die 1989 von der Stadt Bern angenommene Gemeindeinitiative der SP, die „Pendlerinitiative“, zu kassieren(!). Dölf Barben hat im „Bund“ ein solches Vorgehen als „ERIKA-Prinzip“ bezeichnet. Im folgenden wird jeder Vorgang, bei dem der Grossrat die Stadt einseitig benachteiligt, mit ERIKA 1, ERIKA 2, usw. bezeichnet.

#### **Januarsession 2011**

Bei der Änderung des Sozialhilfegesetzes setzte sich die Mehrheit des Grossen Rates in der 2. Lesung gegen Linksgrün durch: Wer Sozialhilfe beziehen will, muss den Sozialdiensten schon beim Einreichen des Gesuchs eine Vollmacht zur Informationsbeschaffung erteilen. Das Gesetz passierte am Schluss mit der Zustimmung von fast allen SP-GrossrätInnen. Das brachte der SP Rügen von weiter links ein.

Die Motion „Perimeterbereinigung im Zusammenhang mit der Regionalkonferenz Emmental“ verlangt, dass drei Gemeinden am Rand des Emmentals die Kulturförderung Bern-Mittelland nicht mehr mitfinanzieren müssen. Es wurde zu einem „Match der Regionen“ und die Motion wurde mit grossem Mehr im Sinne des Emmentals überwiesen.

Aufgrund der anstehenden Atom-Abstimmung vom 13. Februar 2011 wurden von linksgrüner Seite viele Interpellationen zur Atomenergie, insbesondere zu Mühleberg, beraten.

ERIKA 1: Die Motion Tromp, welche verlängerte Ladenöffnungszeiten in Tourismuszonen, zum Beispiel in der Altstadt von Bern, ermöglicht, wurde gegen den Widerstand von Linksgrün angenommen.

#### **März/Aprilsession 2011**

Nach Fukushima gelang es Linksgrün, gegen den Willen der Bürgerlichen, eine Sondersession Energiepolitik (=> Junisession) zu erwirken.

Der Bericht „Wasserstrategie“ des Kantons Bern war sehr umstritten, wurde vom Grossen Rat aber am Schluss zur Kenntnis genommen. Angriffe von rechts (mit der Forderung nach noch mehr Energie aus Bergbächen) konnten abgewehrt werden.

Peter Siegenthaler (SP) reichte die Motion „Beteiligung der Veranstalter an den öffentlichen Sicherheitskosten bei kommerziellen Grossveranstaltungen, insbesondere im Sport“ ein. Nach den negativen bürgerlichen Voten musste Peter seine Motion zurückziehen. Sie wäre insbesondere für die Stadt Bern sehr interessant gewesen.

## **Junisession 2011**

Bei der Volksinitiative „Bern erneuerbar“ (eingereicht im Jahr 2009) liegen Rückweisungsanträge von bürgerlicher Seite vor. Diese betreffen insbesondere die Frage, ob die Initiative übergeordnetes Recht verletze. Unserer Ansicht nach ist der eigentliche Zweck dieser Anträge, den Abstimmungstermin hinauszuschieben, in der Hoffnung, der „Fukushima-Effekt“ werde bis dann verflogen sein. Ein Teil der Anträge war erfolgreich. Was die Kommissionsarbeit zur Initiative angeht, habe ich in meiner Grossratszeit nie ein so unsägliches Hin- und Her erlebt wie in dieser Kommission. Führend in Sachen Destruktivität war dabei die BDP, gefolgt von der SVP und der FDP.

In der Sondersession „Energiepolitik“ wurden Vorstösse von Linksrün, die etwas weiter als üblich gingen, mit wenigen Ausnahmen nur als Postulate überwiesen oder abgelehnt. Ein Hauptthema war der Schrottreaktor Mühleberg, der insbesondere die Stadt Bern und Umgebung bedroht.

ERIKA 2: Die Motion von Philippe Müller „Handhabung der Videoüberwachung“, die klar gegen die Praxis der Stadt Bern in Sachen Videoüberwachung gerichtet ist, wurde überwiesen. Die Gemeindeautonomie ist für die Bürgerlichen ein hoher Wert - ausser sie betrifft die Stadt Bern.

## **Septembersession 2011**

Die Motion Masshardt (SP) „Veröffentlichung der Einkünfte aus Interessenbindungen“ wurde als Postulat mit 81:59 Stimmen angenommen.

In der Sondersession Gesundheitspolitik wurde gegen den Widerstand von Linksrün eine Motion überwiesen, welche der Regierung verbieten will, eine maximale Leistungsmenge pro Spital festzusetzen.

Bei der Behandlung der Volksinitiative „Bern erneuerbar“ wurde die Verzögerungstaktik der Bürgerlichen „konsequent“ weitergeführt (vgl. Junisession). Wegen eines Parteigutachtens der Wirtschaftsverbände obsiegte ein Rückweisungsantrag der BDP, der verlangt, die Verfassungsmässigkeit der Initiative sei noch einmal (!) „umfassend abzuklären“.

## **Novembersession 2011**

Die Inkraftsetzung der neuen Motorfahrzeugsteuer wird, gegen den Widerstand von SVP und EDU, erst auf 2013 erfolgen. Die Geschichte ist verworren und die Gerichte werden noch mitmischen.

Bei der Änderung des Volksschulgesetzes (1. Lesung) konnte sich die Linke einigermassen durchsetzen. Starker Widerstand kam von Teilen der SVP und der EDU. Die Gemeinden können nun die Basisstufe einführen und es wurde die rechtliche Grundlage für die Schulsozialarbeit geschaffen.

Die Behandlung des Prostitutionsgesetzes wurde verschoben, dies vor allem deshalb, weil die SVP noch zu wenig genau weiss, was sie will.

ERIKA 3: Planungskredit für die Sanierung des Stadttheaters. Der Kantonsanteil des Kredits wurde aufgrund eines Antrages Grossen (EVP, Reichenbach) von 2,25 Mio auf 1,5 Mio gekürzt. Bürgerliche Voten zeigten Ressentiments gegen die Stadt und gegen die „Spitzenkultur“.

Die Sanierung eines Strassenstücks von 700 Metern Länge im Bereich Lee-Laubegg bei Zweisimmen lässt sich der Kanton 13 Mio Franken kosten. Ein Rückweisungsantrag von glp/CVP unterlag mit 111:18 Stimmen.

ERIKA 4: Die Motion Grossen (EVP, Reichenbach) und Ruchti (SVP, Seewil) „Abbruch Alte Schreinerei im von Roll-Areal“ wurde angenommen. Die Motion greift in eine städtische Überbauungsordnung ein und hat deshalb wahrscheinlich kaum Konsequenzen. Es ging offenbar darum, ein „Zeichen“ gegen den städtischen Denkmalschutz zu setzen. Trotz Antrag des Regierungsrates auf Ablehnung der Motion wandte sich die Baudirektorin ebenfalls gegen die Erhaltung der Schreinerei. Auch die Mehrheit der SP stimmte der Motion zu. Das war das erste Mal, dass auch die SP beim „ERIKA-Prinzip“ mitmachte. Allerdings lag der Akzent eher bei einer Abneigung gegen den Denkmalschutz.

Bei der Initiative zum Steuergesetz führten die Bürgerlichen ihre Verzögerungstaktik nach dem Vorbild der Junisession weiter.

Budget 2012: Im Rahmen einer Sondersession Finanzpolitik wurde nach umfangreichen Verhandlungen der Vorschlag der FIKO umgesetzt und ein praktisch ausgeglichenes Budget verabschiedet. Besonders erzürnt ist die SP darüber, dass damit eine Senkung der Lektionenzahl in der Volksschule beschlossen wurde.

ERIKA 5: Die (Richtlinien-)Motion „Erhaltung der Schlossbergschule“, welche sich gegen die BFF Bern richtete, wurde angenommen. Letztere muss nun ihre Lehrwerkstätten für BekleidungsgestalterInnen (früher: SchneiderInnen) schliessen. Die SP war in dieser Frage gespalten.

Zum Schluss noch etwas Positives: Der Kredit für das Haus der Religionen wurde gegen den Widerstand von EDU und SVP bewilligt.

Res Hofmann, Grossrat

## 4. Gemeindeabstimmungen

### 15. Mai

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Rückführung der Stadtbauten Bern (StaBe) in die Verwaltung; Grundsatzentscheid	Ja	Ja (82.7%)
Familienfreundliches Bern: Für Kindertagesstätten ohne Wartelisten (Kita-Initiative)	Ja	Nein (54.0%)
Gegenvorschlag des Stadtrats	Nein	Ja (51.5%)
Stichentscheid	Initiative	
Zonenplan Planung Holligen	Ja	Ja (64.9%)
Subventionsverträge bzw. Leistungsvertrag mit fünf Kulturinstitutionen für die Jahre 2012 bis 2015; Verpflichtungskredite		
Konzert Theater Bern	Ja	Ja (78.1%)
Historisches Museum	Ja	Ja (88.7%)
Kunstmuseum Bern	Ja	Ja (84.6%)
Zentrum Paul Klee	Ja	Ja (74.2%)
Dampfzentrale	Ja	Ja (72.9%)

### 20. November

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Produktgruppen-Budget 2012	Ja	Ja (83.6%)

## 5. Mitgliederentwicklung

Stichtag: 31.12.2011

Sektion	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Diff. 10/11	Dele- gierte
Altstadt- Kirchenfeld	191	196	202	206	207	195	182	182	183	193	+ 10	10
Bümpliz / Bethlehem	270	260	259	238	243	228	220	219	205	211	+ 6	11
Holligen	70	70	67	69	65	70	73	72	63	72	+ 9	4
Länggasse- Felsenau	208	203	209	214	213	216	220	188	171	187	+ 16	10
Nord	267	268	291	293	291	271	256	259	251	245	- 6	13
Ost	181	189	189	197	192	189	171	167	148	163	+ 15	9
Süd	176	168	167	161	161	163	158	164	168	183	+ 15	10
Einzelmit- glieder	1	2	20	20	16	14	12	11	9	7	- 2	-
Romand <sup>1)</sup>	20	18										
Total	1384	1374	1404	1398	1388	1346	1292	1262	1198	1261	+63	67

1) Aufgelöst 2004

## 6. Jahresrechnung

### Bilanz per 31. Dezember 2011

<b>Aktiven</b>	<b>184'284.71</b>
Postkonto	50'472.26
E-Depositenkonto	131'082.00
Debitoren VST	284.45
Debitoren Sektionen	-
Debitoren andere	2'100.00
Transitorische Aktiven	346.00
<b>Passiven</b>	<b>184'284.71</b>
Kreditoren	0.00
Kreditoren automatisch	6'388.65
Transitorische Passiven	0.00
Darlehen	0.00
Wahlfonds	86'178.00
Info-fonds	5'486.45
Fonds politische Rechte	10'257.20
Gewinnvortrag 01.01.2011	72'959.10
Gewinn 31.12.2011	3'015.31
Gewinnvortrag 31.12.2011	75'974.41

## 7. Gewinn- und Verlustrechnung

1.1.-31.12.2011

	<b>Rechnung 10</b>	<b>Budget 11</b>	<b>Rechnung 11</b>
<b>Total Aufwand</b>	<b>135209.60</b>	<b>133850.00</b>	<b>145334.20</b>
Wahlen	39.30	0.00	500.00
- Einlage Wahlfonds	24000.00	30250.00	30250.00
Kampagnen	14559.05	9500.00	23909.20
Information	14411.05	12000.00	8301.60
- Mitgliederzeitung	8218.00	7000.00	6182.00
- PR / Inserate	0.00	1000.00	0.00
- Internet	5443.40	2000.00	1106.95
- Publikationen/Broschüren	749.65	2000.00	1012.65
Bildung, Kultur	0.00	2000.00	300.00
Aktionen,Veranstaltungen	3784.85	4000.00	1055.10
- Mitgliederwerbung	0.00	0.00	0.00
- JUSO	0.00	0.00	0.00
Frauenprojekte	0.00	0.00	0.00
Kredit GL	2553.35	3000.00	1231.40
Beitrag SP Kanton	61596.00	58000.00	67916.00
Administration	4533.25	4000.00	2643.55
Saalmieten	4952.75	5000.00	5247.35
Beiträge / Spenden	4480.00	5800.00	3680.00
- JUSO	2500.00	2500.00	2500.00
- RGM	0.00	1000.00	0.00
- diverse	1980.00	2300.00	1180.00
Einlage Fonds pol.Rechte	300.00	300.00	300.00
Diverses / Steuern	0.00	0.00	0.00
Finanzierung Schulden	0.00	0.00	0.00
<b>Total Ertrag</b>	<b>123928.70</b>	<b>133400.00</b>	<b>148349.51</b>
Sonderfinanzierung Wahlen	0.00	0.00	0.00
Mitgliederbeiträge	94218.50	107000.00	104386.00
Mandatsteuern	26882.50	21000.00	26022.50
Ertrag Stadt Blatt	0.00	500.00	0.00
Zinsertrag	578.95	200.00	869.91
Entnahme Wahlfonds	0.00	0.00	0.00
Spenden	0.00	1000.00	516.00
Beiträge Kampagnen	0.00	200.00	14135.00
Diverse Erträge	2248.75	3500.00	2420.10
Wahlfinanzierung	0.00	0.00	0.00
Materialverkauf	0.00	0.00	0.00
Auflösung Reserven und Vermögen	0.00	0.00	0.00
<b>Erfolg</b>	<b>-11280.90</b>	<b>-450.00</b>	<b>3015.31</b>



## 8. Berichte der Arbeitsgruppen

### 8.1 Arbeitsgruppe Sozialpolitik

Die AG Sozialpolitik hat sich im vergangenen Jahr zu fünf Sitzungen getroffen. Die Gruppe ist gut durchmischt und zählt aktuell 11 Mitglieder. Neu für die Gruppe gewonnen werden konnte Martin Wild-Näf, einer der SP-Vertreter in der Sozialkommission der Stadt Bern.

Nach einer intensiven Diskussion zu subventionierten Arbeitsplätzen (z.B. in Sozialfirmen) starteten wir das Jahr mit einem Besuch beim Kompetenzzentrum Arbeit. Felix Wolfers, Leiter des Sozialamts, war neben dem Leiter des K+A, Jürg Fassbind, ebenfalls anwesend. Unser Fazit: Wir wurden sehr gut informiert, es war sehr spannend und es hat ein guter Austausch begonnen. Wir wollen den Kontakt weiterhin halten, aktuell etwa gerade im Hinblick auf die Einführung einer neuen Sozialfirma. Wir stehen dem Modell Sozialfirma grundsätzlich wohlwollend gegenüber, sehen aber durchaus auch kritische Punkte.

Im April diskutierten wir über das neue Sozialhilfegesetz und wie wir uns zur Frage des Referendums stellen sollten. Wir fanden grossmehrheitlich, dass wir das Referendum nicht aktiv unterstützen sollten. Wir vertreten den Standpunkt, dass Grundrechte für alle gelten und Massnahmen zur Verhinderung und Aufdeckung von Missbrauch zielorientiert sein müssen. Dennoch war die Angst vor einem Eigentor beim Scheitern an der Urne grösser (die Folge einer Ablehnung wäre eine Legitimation für weitere Restriktionen gewesen). Ein entsprechendes Positionspapier wurde der Stadtpartei und auf kantonaler Ebene den Grossrätinnen Margreth Schär und Béatrice Stucki (beide im kantonalen Fachausschuss Gesundheit/Soziales) zur Verfügung gestellt. Mit Margreth Schär hat sich das Co-Präsidium im Vorfeld der Diskussion in der AG getroffen. Wir möchten auch diese Vernetzung aufrechterhalten.

Im Juni begannen wir uns mit dem Thema Sozialraum zu beschäftigen. Dazu wurde als Erstes versucht, die Begrifflichkeit in der AG zu klären. Als Arbeitsbegriff hat sich zurzeit „bürgernahe Sozialpolitik“ etabliert. Wichtig ist eine gesamtstädtische Sichtweise, eine verstärkte Partizipation und ein Bereitstellen der Dienstleistungen, dort wo sie gebraucht werden. Im September wurde beschlossen, eine Untergruppe einzusetzen, die das Thema konkretisiert. Wir möchten 2012 das weiter ausgearbeitete Thema aktiv in die Partei, vielleicht sogar in den Wahlkampf, einbringen.

Die Mitglieder der AG Sozialpolitik sind: Christof Berger, Res Bürki, Martina Egenschwiler, Veronika Keller, Miriam Schwarz (Stadträtin, Kontakt GL), Silvia Schoch-Meyer (Stadträtin, Co-Präsidentin der AG), Aschi Spsychiger, Markus Troxler, Gülistan Ucur, Matthias von Bergen (Co-Präsident der AG), Gerhard Wehrli und Martin Wild-Näf (Sozialhilfekommission).

Für die AG Sozialpolitik: Silvia Schoch-Meyer, Co-Präsidentin, Stadträtin

## 8.2 Arbeitsgruppe Sport

Kaum war die AG Sport im Sommer 2010 gegründet, musste sie sich mit dem Sport- und Bewegungskonzept der Stadt Bern auseinandersetzen. Diese Arbeit war aufwändig und spannend zugleich. Weil die Geschäftsleitung der SP Stadt Bern die wichtigsten Empfehlungen der Arbeitsgruppe zum Konzept in den Wind schlug, verliess eines der aktivsten Mitglieder die Gruppe Ende 2010 per sofort. Somit gestaltete sich der Start ins Jahr 2011 eher schwierig.

Die Arbeit am Sport- und Bewegungskonzept wurde vorerst einmal aufgeschoben, es ist aber geplant, zu einem späteren Zeitpunkt auf verschiedene Teile des Konzepts einzugehen. Gerade die angekündigten Massnahmen für den Breitensport sollen überprüft werden. Wir erachten den Breitensport als typisches SP-Thema. Dieses darf nicht vernachlässigt werden und muss auch in den nächsten Jahren im Fokus der SP stehen!

Da die personelle Decke der AG Sport mit nur drei aktiven Mitgliedern zu Beginn des Jahres wieder sehr dünn war, wurde die AG Sport noch einmal neu ausgeschrieben. Immerhin kamen dank der Ausschreibung drei weitere Mitglieder dazu: Thomas D'Ascoli, Patrick Masshardt und Margret Kiener Nellen.

Inhaltlich war die Arbeitsgruppe 2011 mit folgenden Themen beschäftigt:

Beat Zobrist reichte eine von der AG getragene Interpellation bezüglich „Duschen am Arbeitsplatz“ ein, damit möglichst viele mit dem Velo zur Arbeit fahren können. Darin enthalten war die Forderung, dass 90% der Angestellten der Stadt die Möglichkeit zum Duschen haben. Die Interpellation wurde positiv beantwortet.

Da die Wasserflächen zum Schwimmen in der Stadt Bern nach wie vor viel zu knapp bemessen sind, wurde ein Vorstoss für die Benutzung von Schwimmhallen während den Ferien vorbereitet. Beat Zobrist hat dies überprüft und festgestellt, dass in Bern mindestens drei Schwimmhallen während den Ferien genutzt werden könnten.

Thomas D'Ascoli hat den Vorschlag eingebracht, Vorstösse zur Verbesserung der Infrastruktur der Sportklubs einzureichen. Zum Einen sind manche Garderoben oder Duschen in desolatem Zustand, zum Andern hat es zu wenige, um sowohl Buben als auch Mädchen duschen zu lassen. Thomas nimmt vorläufig noch weitere Abklärungen vor.

Im Nachgang zum Sportkonzept waren wir gespannt auf den Standort eines neuen Hallenbades. Bis jetzt kamen aber keine Vorschläge aus der Stadtverwaltung. Wir erachten den Mangel an Hallenbädern in Bern als grosses Problem. So wird die Forderung, dass jedes Kind zwingend schwimmen lernen muss, zur Makulatur.

Abschliessend muss ich bekannt geben, dass ich mich entschieden habe, auf Ende Jahr als Präsident der AG Sport zurückzutreten. Da ich im Jahr 2012 den Wahlausschuss der SP Stadt Bern leite und auch zusätzlich sehr viele Aufgaben habe, kann ich mich zu wenig auf das Amt als Präsident der AG Sport fokussieren.

Für die AG Sport: David Stampfli, Präsident

### 8.3 Arbeitsgruppe Sicherheit

Im Gegensatz zu den vorherigen Jahren arbeitete die AG Sicherheit 2011 ohne konkrete Aufträge der Geschäftsleitung. Stattdessen wurden an 4 Sitzungen der Arbeitsgruppe und bei einem erneuten Treffen mit Gemeinderat Reto Nause folgende aktuelle Themen diskutiert:

- Aktueller Stand Videoüberwachung im öffentlichen Raum, insbesondere nach der Torpedierung des vom Stadtrat beschlossenen Reglements durch den Grossrat.
- Gewalt im Umfeld von Sport-Anlässen und die unbeholfene Reaktion von Sport-Clubs, Polizei und Politik. In diesem Bereich wurde auch die ungenügende finanzielle Beteiligung von YB an den Sicherheitskosten rund um die Fussballspiele diskutiert.
- Linke Bewegungen und die Polizei: Mühleberg-Stilllegen-Camp am Viktoria-platz, Vorgehen der Polizei bei Festnahmen im Umfeld von Demonstrationen, Polizeieinsätze bei der Reitschule.
- Auch das Nachtleben gab wieder zu reden - Anfang Jahr bezüglich Sicherheit, ab dem Sommer dann mit der Lärmproblematik rund um Clubs und Discos. Eine klare Nachtleben-Politik, wie sie der Stadtrat vom Gemeinderat schon mehrfach eingefordert hat, hätte vermutlich beide Konflikte zumindest entschärft.
- Stand Umsetzung Gegenvorschlag zur Sicherheitsinitiative und Zwischenbilanz zum Ressourcen-Vertrag mit Police Bern.



Bild: Michael Epp

Daneben führten wir im Mai zum zweiten Mal einen Stadtrundgang zur Sicherheitspolitik durch. Der Schwerpunkt lag dieses Jahr etwas stärker bei polizeilichen Fragen, thematisiert wurden Videoüberwachung, Jugendgewalt, organisierte Bettelei,

Fan-Gewalt bei Sportanlässen, die Arbeit von Pinto und Sicherheitsfragen im Nachtleben. Das Medienecho war sehr gut.

Die Mitglieder der AG Sicherheit sind: Giovanna Battagliero, Yasemin Cevik, Leyla Gül, Martin Krebs, Christian Jungen, Peter Mösch, Stefan Müller und Pia Neuhaus. Wir arbeiten mit rotierender Leitung und rotierendem Protokoll.

Für die AG Sicherheit: Stefan Müller

#### **8.4 Arbeitsgruppe Kultur**

Den wichtigsten Themenschwerpunkt für die AG Kultur im Jahr 2011 bildeten die Abstimmungen zu den Subventionsverträgen bzw. Leistungsverträgen mit fünf Kulturinstitutionen für die Jahre 2012 bis 2015. Die AG Kultur machte sich dazu eine Meinung und stand für den Erhalt der vielfältigen Kultur in der Stadt Bern ein. Im Vorfeld hatte sie Aktionen in den Quartieren sowie eine Plakataktion geplant, für den Fall, dass der Stadtrat nicht alle grossen Institutionen unterstützen würde. Da sich der Stadtrat zum Glück hinter die Verträge gestellt und dem Stimmvolk klar die Annahme der Verträge empfohlen hatte, waren diese Aktionen nicht mehr nötig. Die SP Stadt Bern hat das Stimmvolk erfolgreich mobilisiert: Die Berner Bevölkerung nahm am 15. Mai die Verträge (Verpflichtungskredite) für das Konzert Theater Bern, das Historische Museum, das Kunstmuseum Bern, das Zentrum Paul Klee und die Dampfzentrale, deren Vertrag erstmals vors Volk kam, deutlich an.

Die AG Kultur hat Ende Mai eine Vernehmlassungsantwort zur Revision des Kantonalen Kulturförderungsgesetz KKFG verfasst, welche von der SP Stadt Bern beim Kanton eingereicht wurde. Wir bevorzugen die Kostenaufteilung nach Variante 2, mit welcher der Kanton sowie die Standortgemeinden hälftig bis 45% übernehmen würden, drückten unser Bedauern darüber aus, dass die Idee der Zentrumsstädte fallen gelassen wurde und betonten die Wichtigkeit der Kulturvermittlung.

Das Thema „Nachtleben und Clubsterben Bern“ stand ebenfalls auf der Agenda. Am 9. November fand im Kornhaus Bern das von bekult organisierte Podiumsgespräch „Neue Dynamik oder Repression? – Jugend und Nachtkultur in Bern“ statt. Die AG Kultur war zugegen und diskutierte danach an ihrer Sitzung mit Stefan Müller von der AG Sicherheit weiter, wobei ein spannender Austausch stattfand. Es kristallisierte sich einmal mehr heraus, dass das vielschichtige Thema in die Kultur, Sicherheit, Jugendarbeit hineinspielt, was es nicht so leicht greifbar macht. Der Stadtrat hatte zwei Motionen überwiesen, die ein „Nachtlebenkonzept“ verlangen, jedoch geht in der Sache kaum etwas vorwärts. Der Ball liegt bei Gemeinderat Nause (Sicherheit).

Im Sommer bildete sich das überparteiliche Komitee „Pro Nachtleben Bern“ aufgrund der drohenden Schliessungen der Clubs Sous Soul und Wasserwerk. Die vom Komitee lancierte Petition wurde im November mit über 11'000 Unterschriften bei der Stadt eingereicht. Patrizia Mordini ist Vorstandsmitglied und Flavia Wasserfallen im Unterstützungskomitee. Für die Aarberggasse wurden in diesem Jahr betreffend Nachtleben, Lärm und Sicherheit gute Lösungen gefunden, die von fast allen Veranstaltenden mitgetragen werden.

Das Thema wird uns im nächsten Jahr weiter beschäftigen. Auch bleiben wir am Thema Konzert Theater Bern dran. Die AG Kultur hat sich im Jahr 2011 zu drei Sitzungen getroffen.

Die Mitglieder der AG Kultur sind Renate Heer, Annette Lehmann, Maria Mollica, Patrizia Mordini, Markus Morgenegg, Veronica Schaller, Adrian Schild und Nicola von Greyerz. Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit!

Für die AG Kultur: Patrizia Mordini und Nicola v. Greyerz

## **8.5 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung/Wohnen**

2011 tagte die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Felix Hauser und Gisela Vollmer fünf Mal, die Spurguppe Wohnen leitet Elsi Meyer.

Im Januar trafen sich AG und Stadtratsfraktion zu einer gemeinsamen Sitzung zur Vorbereitung der Stadtratsvorlage "ZIMBE" (Zukünftiges Immobilienmanagement Bern). Der Gast Peter Ess, ehemaliger Leiter Hochbauamt Zürich, gab eine Einführung zu diesem Thema. In der Folge kamen die SitzungsteilnehmerInnen zum Schluss, dass es ein Hochbauamt und ein zusätzliches Amt für die Bewirtschaftung der Immobilien braucht.

Die Stadtratsvorlage "Planung Holligen" (Mutachstrasse) wurde in der Spurguppe Wohnen und der AG Stadtentwicklung ebenfalls intensiv besprochen. Die AG hätte sich eine grössere Verdichtung und einen Anteil an "autofreiem Wohnen" vorstellen können. Die SP hat mit dieser Vorlage begonnen, sich mit der Gestaltung und Nutzung der Erdgeschosszone (Geschoss mit spezieller Wirkung auf den öffentlichen Raum) auseinander zu setzen. Leider nahm der Stadtrat nicht alle SP-Anträge an. Für die Planung Holligen soll ein öffentlicher Wettbewerb durchgeführt werden, wobei der Wettbewerbsperimeter möglichst gross gehalten werden und auch die Grünfläche umfassen soll. Die Wettbewerbsunterlagen sollen der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) unterbreitet werden.

Die Stadtratsvorlage zum Tram Region Bern führte nach der Diskussion in der AG schlussendlich zu folgenden Anträgen im Stadtrat, die alle (grösstenteils einstimmig) überwiesen wurden:

*Anträge der PVS auf Grundlage von SP-Anträgen:*

1. Die PVS soll regelmässig über das Projekt TRB informiert werden.
2. Zum Inhalt des Auflageprojektes soll auch die Klärung der Linienführung der zweiten Tramachse gehören.
3. Das öV-Angebot Weissenbühl soll zum Zeitpunkt der Auflage des Projekts TRB bekannt sein. Im Auflageprojekt soll auch der Finanzierungsteiler zwischen den beteiligten Gemeinden und dem Kanton transparent gemacht werden.

*Ergänzungsanträge der SP/JUSO-Fraktion:*

1. Bis zum Bauentscheid über den Baukredit soll Klarheit herrschen über die zukünftigen Umsteigebeziehungen an den Bahnhöfen Bern, Weissenbühl und am Eigerplatz.

2. Der Gemeinderat formuliert im Rahmen des Projektes Tram Region Bern Ziele, die das öV-Netz (u.a. Umsteigebeziehungen), die Stadtentwicklungsanliegen sowie die Anliegen von Fussgängerinnen und Velofahrern beinhalten.

3. Die Ergänzung zu Antrag 1 der PVS "Das Projekt wird regelmässig einer Begleitgruppe aus der PVS und Vertretungen aus den betroffenen Quartieren unterbreitet", wurde leider abgelehnt.

Zur Diskussion "ZPP Warmbächliweg" (öffentliche Auflage) war Andrzej Rulka vom Stadtplanungsamt zu Gast. Die AG stand der Planung kritisch gegenüber; auf eine Einsprache wurde jedoch verzichtet. Weitere Themen im Laufe des Jahres waren: Bypass-Ost/Engpassbeseitigung A6, K-Zone Loryplatz, Baugesuch Umgebungsgestaltungsplan Wankdorf-City

### **Mitwirkungen/Einsprachen**

Zu Handen von Partei- und Geschäftsleitung wurden folgende Mitwirkungen und Einsprachen vorbereitet:

- Mitwirkung zur Änderung der Bauordnung (städtischer Ersatz des kantonalen Wohnerhaltungs-Gesetzes): Zustimmung, Forderung nach Anwendung der Vorschriften bei einem Leerwohnungsbestand von unter 1.5 % und nach restriktiver Auslegung der Ausnahmebestimmungen;
- Mitwirkung zur Änderung der Überbauungsordnung Uferschutzplan Abschnitt Klösterli-/altes Tramdepotareal: Ablehnung der Schliessung des öffentlichen Uferwegs, Forderung nach behindertengerechter Erschliessung der Anlage;
- Einsprache zur Änderung der UeO Uferschutzplan Abschnitt Klösterli-/altes Tramdepot: Ablehnung der Schliessung des öffentlichen Uferwegs;
- Mitwirkung TVP MIV, Stadtteil V: Stellungnahme zu zahlreichen Verkehrsfragen im Nordquartier, Forderung nach Vorlage einer Wabenlösung und einer Parkraumplanung, Verbesserungsvorschläge zu den Schlüsselprojekten;
- Mitwirkung Zonenplan Riedbach: grundsätzliche Zustimmung zur Absicht, eine Zone für Wohnexperimente zu schaffen und die ehemalige Zivilschutzanlage zonenrechtlich zu legalisieren.

### **Wohnen**

Die städtische DV vom 24. Januar 2011 wurde von der Spurguppe Wohnen gestaltet. Es ging darum, einen Überblick über die Entwicklung in zwei ausgewählten Stadtgebieten aufzuzeigen und auf die Aktualität einer Verdichtungsstrategie hinzuweisen. Beim Neubau von Wohnungen möchten wir den Schwerpunkt auf zahlbare Familienwohnungen legen. Ein kurzer Videofilm (siehe auch [www.spbern.ch](http://www.spbern.ch)) zeigte Ausschnitte aus der Besichtigungstour des vergangenen Jahres.

Aufgrund von verschiedenen Vorarbeiten nahm die Diskussion zur Stärkung des preisgünstigen Wohnungsbaus breiten Raum ein. Bekanntlich haben die RGM-Gremien das Thema Wohnen zu einem Schwerpunkt in Hinblick auf die Wahlen Ende 2012 erklärt. Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen.

Die von der Gruppe vorbereiteten Vorstösse zum Thema differenzierte Verdichtung, Ausnützungsziffer und Schermenareal wurden vom Stadtrat in einigen Punkten überwiesen. Wir werden die Entwicklung dieser Fragen beobachten und uns weiterhin mit allen aktuellen Fragen des Wohnens befassen.

Die Mitglieder der AG Stadtentwicklung/Wohnen sind: Oskar Balsiger, Felix Hauser, Elsi Meyer, David Stampfli und Gisela Vollmer

Für die AG Stadtentwicklung/Wohnen: Gisela Vollmer und Felix Hauser

## **8.6 Arbeitsgruppe Wirtschaft**

Die AG Wirtschaft erlebte im April 2011 nach anderthalbjähriger Pause einen Neustart. Neben fünf bisherigen Mitgliedern erklärten sich fünf weitere Personen bereit, in der AG mitzuwirken. Im Laufe des Jahres 2011 fanden vier Sitzungen statt.

Die AG Wirtschaft machte zunächst eine Auslegeordnung und legte fest, welche Themen sie im Rahmen des von der GL erteilten, breit angelegten Mandats prioritär bearbeiten möchte. Da erst im Sommer 2009 ein Grundlagenpapier mit dem Titel „Die SP setzt sich für einen attraktiven, nachhaltigen Wirtschaftstandort Bern ein“ fertiggestellt und von der DV genehmigt worden war, entschied sich die AG dafür, konkrete, umsetzungsorientierte Arbeiten an die Hand zu nehmen. Dabei stellte sie drei Themen in den Vordergrund.

Das erste Thema, die Frage nach der optimalen Linienführung des Ostermundigen-Trams unter den Aspekten der Wirtschaft, namentlich der Erschliessung der neuen Arbeitsplatzzonen wurde bald wieder aufgegeben. Es zeigte sich, dass alternative Linienführungen bereits eingehend geprüft und mit guten Gründen verworfen worden waren.

Beim zweiten Thema geht es um die Kreativwirtschaft. Darunter wird ein breites Spektrum von Kunst- und Kulturbranchen verstanden, bis hin zu Design, Architektur und Softwareentwicklung. Häufig sind es sehr kleine KMU mit spezifischen Strukturen, Anliegen und Problemen. Die Kreativwirtschaft ist eine Wachstumsbranche mit beachtlichem Potenzial für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt sowie fürs Image der Stadt und fürs urbane Leben. Es ist der AG Wirtschaft ein Anliegen, dass die vielfältige Bedeutung der Kreativwirtschaft besser erkannt und mögliche Fördermassnahmen geprüft werden.

Das dritte Thema betrifft die Energiewende. Um diese zu erreichen, braucht es neben gesetzlichen Vorgaben eine grosse Bereitschaft der Bevölkerung, freiwillig mitzuwirken. Eine Idee besteht darin, dass Unternehmen und Private (insbesondere auch MieterInnen) Geld in gemeinschaftliche Anlagen investieren (z.B. Sonnenkollektoren, Wärme-Kraft-Kopplung), welche an optimalen Standorten und in möglichst wirtschaftlichen Grössenordnungen erstellt werden sollen. Das Projekt ist komplex und wirft viele Fragen auf, welche die AG in nächster Zukunft angehen möchte (Organisation/Agentur, Contracting, Anreize, usw.).

Andere Themen stehen auf der Warteliste. Die AG ist offen für weitere Anliegen, möchte dabei jedoch vorab praxis- und umsetzungsorientiert tätig sein.

Die Mitglieder der AG Wirtschaft sind: Barbara Aeschbacher, Cipriano Alvarez, Michael Arn, Stefan Balsiger, Toni Brauchle (Vorsitz), Christian Jungen, Christian Käch, Barbara Nyffeler, Beatrice Stucki und Nicola von Greyerz.

Für die AG Wirtschaft: Toni Brauchle

## **8.7 Arbeitsgruppe Gleichstellung**

Die Arbeitsgruppe Gleichstellung hat sich im ersten Halbjahr 2011 zu mehreren Sitzungen getroffen, um sich über grundsätzliche Positionen zu verständigen. Dabei ist ein Thesenpapier entstanden, in dem die Arbeitsgruppe insbesondere zwei Hauptziele, nämlich soziale Gerechtigkeit und das Aufbrechen der Geschlechterrollenbilder, formuliert und dazu eine Reihe von Massnahmen und Zwischenzielen ausgearbeitet hat. Das Thesenpapier wurde an der städtischen Delegiertenversammlung vom 20. Juni vorgestellt.

Anlässlich dieser Delegiertenversammlung setzte sich die Arbeitsgruppe mit dem Vorstoss für eine Rückweisung des Reglements der SP-Frauen Schweiz auseinander, der von mehreren Einzelpersonen unterzeichnet worden war, und nahm zu diesem Antrag Stellung.

In der zweiten Jahreshälfte besuchten einzelne Mitglieder der Arbeitsgruppe die Tagungen „Aktionspläne Gleichstellung – lokal, vernetzt, innovativ. Erfahrungen und Praxiseinblicke“ der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Bern und „Internationale Standards zur Gleichstellung von Frau und Mann. Chancen und Herausforderungen auf kantonaler und kommunaler Ebene“ des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann, sowie den Workshop „Ist das Glas halb leer oder halb voll? Zum Stand der Gleichstellung in der Schweiz“ des Interdisziplinären Zentrums für Geschlechterforschung der Universität Bern.

In der Sitzung auf Jahresende wurde die Arbeitsgruppe zum Teil neu zusammengesetzt. Neu sind, neben Lea Kusano und Edith Siegenthaler, Dominik Fitze und Simon Zurbrügg vertreten; Lea Kusano und Simon Zurbrügg werden die Arbeitsgruppe im Co-Präsidium leiten. Im nächsten Jahr wird die Arbeitsgruppe vermehrt zu aktuellen politischen Vorgängen Stellung nehmen und hat sich zum Ziel gesetzt, die SP gerade auch im Hinblick auf die Stadtratswahlen mit gleichstellungspolitischen Anliegen ins Gespräch zu bringen.

Für die AG Gleichstellung: Edith Siegenthaler

## **8.8 Schulfraktion**

Die regelmässigen Treffen mit den SP Schulkommissionsmitgliedern wurden auch im Jahr 2011 fortgesetzt. Es fanden zwei Treffen statt – eines im März und eines im Oktober. Themen waren der Stand der Umsetzung des Schulreglements, die Diskussion um die Strukturreform der Volksschule sowie die Selektion in der Schule.

Zum grossen Bedauern aller trat Margrit Stucki auf die HV 2011 aus dem Vorstand zurück. Zudem beschlossen die an der HV anwesenden Mitglieder, der SP Stadt Bern den Antrag auf Auflösung des Vereins SP Schulfraktion per 31.7.2013 zu stellen. Ab August 2013 wird die Schulfraktion in eine AG überführt.



Die Schulkommission für die Kleinklassen und Spezialunterricht (KKS) wurde per 31.7.2011 aufgelöst. Um das vorhandene Wissen und die Erfahrung der Schulkommission für Kleinklassen und Spezialunterricht für die Umsetzung des Integrationsartikels in der Stadt Bern nutzen zu können, wurden sechs Mitglieder der KKS bis zum Ende der laufenden Amtszeit in die Schulkommissionen der Schulkreise integriert (Artikel 71 Absatz 3 des teilrevidierten Schulreglements). Die SP konnte in der Folge in der Volksschulkommission Kirchenfeld-Schosshalde einen zusätzlichen Sitz besetzen.

In der neuen Schulkommission für die Sprachheilschule wurde der SP zwar kein Sitz zugesprochen, sie kann aber den Sitz der GLP besetzen.

Einmal mehr beschäftigte uns das Schulreglement. Die Online-Befragung zur Strukturreform Volksschule ergab eine eindeutige Ablehnung der vom Stadtrat geforderten Einheitsschulkommission. Die SP forderte daraufhin im Stadtrat zusammen mit dem Grünen Bündnis einen Abbruch der Arbeiten zur Einführung der Einheitschulkommission. Leider wurde diese Motion im Stadtrat noch immer nicht behandelt.

Die Schulfraktion verfasste einen Vernehmlassungsentwurf zum Projekt Strukturreform der Volksschule zu Händen der Geschäftsleitung, in der sie sich für das „Modell Ist Plus“ ausspricht – d.h. einer Beibehaltung der heutigen Struktur mit sechs Schulkommissionen, aber der Stärkung der bisherigen Volksschulkonferenz. Die Geschäftsleitung entschied sich für das Modell „Zentralschulkommission“, das sich nur in Nuancen von dem von der Schulfraktion vorgeschlagenen Modell „Ist Plus“ unterscheidet. Der endgültige Entscheid über die zukünftige Struktur der Volksschule wird im Sommer 2012 vom Stadtrat gefällt.

Für die Schulfraktion: Corinne Mathieu

## **9. Bericht der JUSO Stadt Bern**

Für die JUSO geht erneut ein erfolgreiches Jahr zu Ende. Im Zentrum stand klar der Nationalratswahlkampf, der in der Stadt Bern sehr erfolgreich verlief. Auch 2011 verzeichneten wir wieder einen grossen Mitgliederzuwachs. Deshalb wurden im organisatorischen Ausbau der JUSO Stadt Bern neue Arbeitsgruppen gegründet und diverse interne Anlässe durchgeführt. Zudem engagierten wir uns für verschiedene Initiativen und beteiligten uns an aktuellen politischen Anlässen.

### **Nationalratswahlkampf**

Die JUSO Stadt Bern hat sich im Wahlkampf stark engagiert. Von Anfang an waren unsere Mitglieder im kantonalen Wahlausschuss, bei der Diskussion um die nationalen JUSO-Themen und bei der Planung unseres städtischen Wahlkampfs mit dabei. Im Sommer und Frühherbst engagierten sie sich bei der kantonalen "Dorfplatztour", auf der wir von Meiringen bis Moutier die Bevölkerung besuchten, den Dialog mit den Einwohnern der verschiedenen Regionen suchten und mal freundlich, mal weniger freundlich empfangen wurden. In der Schlussphase waren wir jeden Tag auf den Strassen und in den Städten Berns und verteilten Flyer, Äpfel und andere Give-Aways für die JUSO, aber auch für die SP.

Unser Engagement hat sich gelohnt: mit 1.6% der Stimmen erzielten wir in der Stadt Bern ein Spitzenergebnis und deklassierten Gruppierungen wie die Piratenpartei, den Jungfreisinn und die EDU um Längen. Von den kleineren Parteien konnten uns einzig die gemeinsame Liste der jungen Grünen und der jungen Alternativen sowie die EVP schlagen; die CVP erreichte nur doppelt so viele Stimmen wie wir. Im Vergleich zu den Grossratswahlen 2010 haben wir zwar prozentual verloren, in absoluten Zahlen aber zugelegt.

Unsere JUSO-Vertreterin auf der SP-Liste und Stadträtin Tanja Walliser mit dem 7. und JUSO-Vertreter Jonas Zürcher mit dem 11. Platz erreichten exzellente Ergebnisse auf den SP-Listen. Beide konnten sich vor mehreren bekannten GrossrätInnen plazieren. Auch auf der JUSO-Liste erreichten unsere Mitglieder, allen voran Halua Pinto de Magalhães auf dem vierten Platz, gute Resultate.

### **Städtische Politik und RGM**

Verstärkt engagierte sich die JUSO dieses Jahr in RGM und nahm an allen Treffen teil. Aus diesem Engagement und dem Unmut über die Unterstützung der Grünen Freien Liste ergab sich, dass die Jungparteien JUSO, jg und JA! die RGM-Gemeinderatsliste vorerst nicht mehr unterstützen. Wir glauben nicht, dass ein gemeinsames Antreten mit der GFL für die JUSO weiterhin zielführend ist. Wir werden aber nach dem Verfassen dieses Berichtes Hearings mit den Kandidierenden von SP und dem Grünen Bündnis durchführen und dann entscheiden, welche Kandidaturen wir unterstützen werden.

Beim Anti-AKW-Camp letzten Frühling waren viele unserer Mitglieder engagiert; dementsprechend war die Stimmung nach der Räumung. Aus diesem Grund luden wir Stadtpräsident Alex Tschäppät zu einem Gespräch an eine unserer Vollversammlungen ein. Erwartungsgemäss konnten die Differenzen zwar nicht begraben, aber die Meinungen offen auf den Tisch gelegt und die Positionen erklärt werden.

Auch bei der Petition “Pro Nachtleben Bern” engagierten wir uns mehr oder weniger aktiv und sammelten einige Unterschriften. Wir arbeiteten zudem enger mit den anderen linken Jungparteien zusammen und veranstalteten gemeinsam einen Workshop für unsere Mitglieder, in welchem wir gemeinsam über Polizei und Polizeigewalt in der Stadt Bern diskutierten.

Im Stadtrat waren wir auch dieses Jahr durch Halua Pinto de Magalhães und Tanja Walliser vertreten. Sie reichten verschiedenste Vorstösse ein und waren ein wichtiger Bestandteil der SP/JUSO-Fraktion. Akzente setzen konnte die Beteiligung der JUSO natürlich vor allem bei jugendspezifischen Themen. So setzten sich unsere StadträtInnen vehement für den Leistungsvertrag mit der Lkur ein, sprachen sich für eine bedingungslose Einführung von legalen Graffiti-Wänden aus und trugen die von der JUSO angestossene SP-interne Diskussion über Fussballfans von 2010 in den Stadtrat weiter. Einen zusätzlich Auftritt im Stadtrat hatte die JUSO mit der erneuten Behandlung der Jugendmotion “Licht ins Dunkel”, welche Nora Krummen auch dieses mal wieder souverän vertrat.

### **Plausch, Spass, Bildung und Aktionen**

Bei der JUSO geht es nie nur um Formales, sondern immer darum, etwas zu bewegen und Spass zu haben. Für Letzteres führten wir zweiwöchentliche JUSO-Diskussionsrunden ein, um Tee, Bier oder Sirup zu trinken und Aktuelles zu debattieren.

Mit unserer Weihnachtsaktion unter dem Motto “Wir ändern was dich stört” sammelten wir online Vorschläge, was wir bewegen sollen. Wir haben diese Vorschläge entgegengenommen und werden versuchen, sie umzusetzen.

Bei einem ersten von hoffentlich bald regelmässig stattfindenden Filmabenden zeigten wir im Dezember eine Dokumentation über Kuba, über die wir mit einem Vertreter der Vereinigung Schweiz-Kuba eine angeregte Diskussion führten. Dieser Anlass konnte auch viele nicht-JUSOs ansprechen.

### **Personen**

Auch dieses Jahr hatten wir wieder ein grosses Mitgliederwachstum. Insgesamt durften wir 51 Neumitglieder bei uns in der JUSO Stadt Bern begrüssen; diesen stehen 12 Austritte gegenüber. Viele der Neumitglieder sind engagierte JUSOs geworden, andere sind aus Solidarität und Interesse dabei.

Im Vorstand mussten wir schmerzliche Verluste hinnehmen, durften uns aber auch über tolle Verstärkungen freuen. Jonas Zürcher verliess uns, da er seit Sommer als GSoA-Sekretär amtiert. Auch Nora Krummen verliess den Vorstand aus Zeitgründen.

Mit Oliver Dreyer, Cristina Rösch, Clau Dermont und Cédric Grützner konnten wir ausserordentlich gute neue Vorstandsmitglieder gewinnen. In der JUSO Kanton Bern vertritt uns Michelle Stirnimann im neu geschaffenen Co-Präsidium. Nach dem Rücktritt von Tanja Walliser als Zentralsekretärin war die JUSO Stadt Bern kurzzeitig nicht in der Geschäftsleitung der JUSO Schweiz vertreten. Dies änderte sich, als Jonas Zürcher im Herbst in die GL gewählt wurde. Somit sind wir auf allen Ebenen der JUSO prominent vertreten.

Für die JUSO Stadt Bern: Dominik Fitze

## 10. Kontaktadressen

Sekretariat SP Stadt Bern  
Monbijoustr. 61, Postfach 1096  
3000 Bern 23  
031 370 07 90  
bern@spbe.ch  
www.spbern.ch

JUSO Bern  
Postfach 6846  
3001 Bern  
bern@juso.ch  
www.juso.be

SP Bern Altstadt Kirchenfeld  
Postfach 511  
3000 Bern 8  
info@sp-altstadt.ch  
www.spbern-altstadt.ch

SP Bümpliz/Bethlehem  
Postfach 713  
3018 Bern  
info@spbb.ch  
www.spbb.ch

SP Bern Nord  
Postfach  
3000 Bern 25  
info@sp-bern-nord.ch  
www.sp-bern-nord.ch

SP Bern Holligen  
Postfach  
3000 Bern  
info@spholligen.ch  
www.spholligen.ch

SP Bern Ost  
Postfach  
3014 Bern  
bernost@sp-be.ch  
www.sp-bern-ost.ch

SP Bern Süd  
Postfach  
3000 Bern 23  
info@sp-bern-sued.ch  
www.sp-bern-sued.ch

SP Länggasse-Felsenau  
Postfach 828  
3000 Bern 9  
info@sp-laenggasse.ch  
www.sp-laenggasse.ch